Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 96 (2002)
Heft: 5

Artikel: Die Sans-papiers-Bewegung in der Schweiz
Autor: Kramer, Yves
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144347

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Yves Kramer

Die Sans-papiers-Bewegung in der Schweiz

Auf Yves Kramer wurden wir aufmerksam, als er im 2. WIDERSPRUCH-Band des Vorjahres (Nr. 41) den «Widerstand von Papierlosen, Flüchtlingen und Secondos» analysierte. Am 22. Dezember 2001 hielt er sodann an der Adventsfeier der Religiös-Sozialistischen Vereinigung ein Referat zur Situation der Papierlosen in der Schweiz. Wir baten ihn, die Geschichte der Papierlosen und der sie unterstützenden Bewegung, seine Erfahrungen und Begegnungen mit Papierlosen sowie die Überlegungen und Forderungen zu ihrer «Legalisierung» im folgenden Beitrag für die Neuen Wege zusammenzufassen. Der Autor verlangt wie die Papierlosen-Bewegung eine «kollektive Regularisierung» für diese ausgegrenzten und ausgebeuteten Menschen – und als weiterführende Konsequenz ein «Recht auf selbstbestimmte Migration». Yves Kramer, Jahrgang 1974, ist Sozialarbeiter und freier Journalist, aktiv in antirassistischen Zusammenhängen, derzeit vor allem in der Bewegung zur Unterstützung der Papierlosen. *Red.*

«Wir verlangen nichts Unmögliches, nur eine Aufenthaltsbewilligung für uns alle»

«Und plötzlich die Kraft dieser Bewegung zu spüren, gab mir ein gutes Gefühl. Ich war nicht mehr allein mit meiner Geschichte, sondern teilte sie mit vielen Geschichten. Es ist für mich eine gute Erfahrung, diese gemeinsame Zeit. Ich habe nichts zu verlieren, aber viel zu gewinnen. Ich weiss, dass wir mit der Forderung nach einer kollektiven Regularisierung auf dem richtigen Weg sind», sagt die *Bosnierin Ismeta* vom Berner Papierlosen-Kollektiv. Der richtige Weg ist ein langer Weg. «Wir verlangen nichts Unmögliches, nur eine Aufenthaltsbewilligung für uns alle», schrieben die Papierlosen bereits im letzten Juni in ihrem *Manifest*. «Wir wollen eine Aufenthaltsbewilligung, um nicht mehr die Opfer der Willkür von Verwaltung und Arbeitgebern zu sein. Wir wollen eine Aufenthaltsbewilligung, um frei durch die Strassen gehen zu können, ohne Angst, jeden Moment verhaftet und ausgewiesen zu werden. Wir wollen eine Aufenthaltsbewilligung, um als ganze Menschen angesehen zu werden. Wir wollen rechtliche und faktische Gleichstellung. Aus all diesen Gründen verlangen wir eine kollektive Regularisierung aller ‹Sans-papiers› und lehnen eine ‹Fall-zu-Fall›-Vorgehensweise ab.»

Der gemeinsame Widerstand von illegalisierten Menschen in der Schweiz nahm seinen Ursprung im April 2001 in *Lausanne*, als eine Gruppe von kosovoalbanischen Papierlosen Zuflucht in der *Kirche Bellevaux* suchte, um sich vor den drohenden Ausschaffungen zu schützen. An Pfingsten 2001 traten in *Freiburg* weitere Sans-papiers gemeinsam aus dem Schattendasein heraus und besetzten die *Kirche St. Paul*, um auf ihre prekären Lebens- und Arbeitsverhältnisse aufmerksam zu machen. Nach und nach organisierten sich in weiteren Städten Papierlose in neuen Kollektiven. Mitte August 2001 folgte mit der Besetzung

des *Volkshauses* von *La Chaux-de-Fonds* der dritte Coup der Bewegung.

Nachdem Ende August die Kirche St. Paul in Freiburg polizeilich geräumt wurde (die Sans-papiers zogen kurz vorher weiter ins Kunstmuseum Fri-Art) und sich die Papierlosen von Belleveaux nach Zugeständnissen der kantonalen Behörden entschlossen hatten, ihr Refugium aufzulösen, schwappte anfang September die Bewegung in die Deutschschweiz über. Auf die Besetzung der *Berner Marienkirche* im September folgte die Besetzung der *St. Antoniuskirche in Basel* im Oktober. Mit einer grossen *Demonstration in Bern* Ende November zeigte sich kurz vor der Wintersession der eidgenössischen Räte die Stärke und Breite, die die Bewegung inzwischen erreicht hatte. Der Aufruf «Gegen die moderne Sklaverei: Regularisierung der Sans-papiers!», der weiter die Forderung nach einem sofortigen *Ausschaffungsstopp* und die Ablehnung des Entwurfs zum neuen Ausländergesetz beinhaltete, wurde von über 130 Gruppen und Organisationen unterstützt.

Die Bewegung zur Unterstützung der Papierlosen in der Schweiz

Parallel zu den verschiedenen Sans-papiers-Kollektiven hat sich eine schweizweit vernetzte *Bewegung zur Unterstützung der Papierlosen* gebildet, die verschiedene NGOs, Gewerkschaften, kirchliche Kreise, Aktivistinnen und Aktivisten aus der sogenannten «Antiglobalisierungsbewegung» und der radikalen Linken sowie Kulturschaffende umfasst. Während sich verschiedene Kulturschaffende, so beispielsweise der Schriftsteller *Adolf Muschg,* mit Solidaritätsappellen öffentlich für die Sans-papiers engagierten, haben sich auch die Gewerkschaften in verschiedenen Verlautbarungen immer wieder mit den Forderungen der Bewegung solidarisiert.

Ein Streitpunkt, der innerhalb der Gewerkschaften für andauernde Kontroversen sorgt, ist allerdings das Problem der *Schwarzarbeit,* welche für die Sans-papiers die einzige Möglichkeit darstellt, um sich den eignen Lebensunterhalt in der Illegalität zu sichern. Bei Teilen der Landeskirchen sorgten dagegen die radikalen Aktionen der Papierlosen da und dort für Diskussionen, und auch die politischen Forderungen gingen vielen zu weit; nichts desto weniger war und ist die konkrete Solidarität mit den Papierlosen und der Kampf um die Würde der Menschen ohne Papiere in kirchlichen Kreisen breit abgestützt.

Von den grösseren Parteien haben sich einzig die *Grünen* vollumfänglich hinter die Forderungen der Bewegung gestellt. Während sich einzelne *SP-Exponentinnen und -Exponenten* für die Bewegung stark machen, konnte sich die Gesamtpartei nie zu einer offiziellen Unterstützung des Kernanliegens einer kollektiven Regularisierung durchringen; innerhalb der Partei wurde vielmehr nach verschiedenen Mittelwegen zwischen Einzelfall- und Globallösung gesucht; zudem wurde von den SP-Delegierten im letzten Herbst ein *Ausschaffungsmoratorium* gefordert, bis eine politische Lösung des Problems hätte gefunden werden können. Das auch innerhalb der SP jüngst kontrovers diskutierte Migrationspapier von *Regine Aeppli* und *Ruedi Winkler* hat allerdings gezeigt, dass zwischen der Papierlosen-Bewegung und (zumindest Teilen) der SP grundsätzliche Differenzen bestehen. Während für die Sans-papiers das Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit für alle zentral ist, setzt das Aeppli-Winkler-Papier auf eine ausschliessliche Elitemigration von ausserhalb Europa ähnlich dem Metzlerschen Entwurf für ein neues Ausländergesetz.

Segen für die Wirtschaft, Aussätzige für die Politik

Die unterschiedlichen Hintergründe und Geschichten der Papierlosen, die sich in den verschiedenen Städten kollektiv organisiert haben, zeigen, dass das «Phä-

nomen Sans-papiers» nicht auf die Schwarzarbeitsproblematik oder die illegale Einwanderung von Menschen ohne Identitätspapiere reduziert werden kann. Unter den Begriff «papierlos» fällt eine heterogen zusammengesetzte Gruppe von Menschen, die ehemalige Saisonniers, abgewiesene Flüchtlinge, aber auch Schwarzarbeitende, welche teilweise bereits seit Jahren unter prekärsten Bedingungen hier arbeiten, umfasst. Gemeinsam ist all diesen Menschen, dass ihnen von den Schweizer Behörden eine Aufenthaltsbewilligung verweigert wird. «Wir haben die Illegalität nicht gewählt», stellen die Papierlosen in ihrem Manifest denn auch klar, «sie wurde uns von den Gesetzen auferlegt. Wir sind nicht verantwortlich für diese Situation und wehren uns gegen die Heuchelei der Behörden, die uns die Schuld dafür geben wollen.»

In der «Plattform gegen Prekarisierung und Ausbeutung – für eine kollektive Regularisierung der Papierlosen in der Schweiz» der Bewegung zur Unterstützung der Papierlosen werden Sans-papiers als eine beliebig manövrier- und ausbeutbare «industrielle Reservearmee» analysiert. So stellt denn auch *Anni Lanz* von Solidarité sans frontières fest: «Sans-papiers sind segensreich für die Wirtschaft. In der Politik werden sie jedoch wie Aussätzige behandelt.» Dies schafft eine vermeintlich paradoxe Situation, die bei genauerem Hinsehen keine ist. «Papierlose werden auf Grund ihres illegalen Status ausgenutzt und sind erpressbar», musste auch die Neue Zürcher Zeitung (15.11.2001) feststellen. Eine restriktive Gesetzgebung im Ausländerbereich und eine repressive Migrationspolitik dienen also nicht nur dazu, globale Widersprüche, die mit zu Migrationsbewegungen führen, ausserhalb der nationalen Grenzen zu halten. Vielmehr schaffen sie auch eine leicht erpressbare Gruppe von Menschen, die den *Profitinteressen* der Wirtschaft *schutzlos* ausgeliefert ist.

Folgen der Globalisierung

Die Präsenz von Papierlosen in der Schweiz und anderen reichen Ländern kann nicht erklärt werden, ohne die *globalen Umstrukturierungsprozesse* mit in den Blick zu nehmen. Gewaltsame Strukturanpassungsprogramme unter dem Zepter von WTO, Weltbank und IWF führen nicht nur zu wachsenden Ungleichheiten zwischen einigen Wohlstandsinseln und dem Rest der Welt, sie verschärfen auch weltweit soziale Konflikte, ethnische Spannungen und die ökologische Zerstörung ganzer Landstriche.

Die Durchsetzung einer *neuen Weltordnung* destabilisiert ganze Siedlungsgebiete und schafft gewaltsame Konflikte und gravierende Menschenrechtsverletzungen in vielen Regionen der Welt. So bleibt für viele Menschen als einziger Ausweg das unsichere Exil zumeist in einem anderen Land des Südens – in der Hoffnung, dem sozialen Elend möglichst bald Richtung Norden entfliehen zu können. «Aus allen Ecken der fünf Kontinente sind wir hierher gekommen, um zu leben und zu arbeiten – frei von Krieg und Elend», schreiben die Sans-papiers in ihrem Manifest, um nun festzustellen, dass ihnen ein Leben frei von Elend und Ausbeutung, frei von Angst und Unsicherheit auch in der Schweiz verwehrt wird.

Sympathiewelle in der Bevölkerung – Abfuhr im Parlament

Mit den gemeinsamen Schritten aus dem Schattendasein als billige Arbeitskräfte ist es den Papierlosen gelungen, ihre *prekären Lebensbedingungen* sichtbar zu machen und die *gesellschaftliche Aus-grenzung* zu durchbrechen. Indem Menschen mit konkreten Geschichten an die Öffentlichkeit traten, konnten weitverbreitete Stereotype durchkreuzt werden. Die mutigen Aktionen der Papierlosen weckten das Interesse der Medien und lösten eine erstaunliche Sympathiewelle in Teilen der Bevölkerung aus.

Während die antirassistischen Abwehrkämpfe der letzten Jahre weder die fortschreitende Kriminalisierung von unerwünschten Migrantinnen und Migranten verhindern, noch eine kritische Öffentlichkeit gegen die laufende Brutalisierung der Abschottungspolitik mobilisieren konnten, gelang es der Papierlosen-Bewegung in kurzer Zeit, die Öffentlichkeit für ihre Anliegen zu *sensibilisieren* und eine breite Debatte über das Problem der Illegalisierung zu lancieren. Doch die erfolgreiche Mobilisierung der «Zivilgesellschaft» und die vereinzelten Zusicherungen von Aufenthaltsbewilligungen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch der Papierlosen-Bewegung bisher weiterführende Erfolge auf politischem Parkett verwehrt blieben.

Pressekonferenz der «Sans-Papiers Nordwestschweiz» am 27. November 2001 in Basel. Rechts die 3-jährige, in der Schweiz geborene Suncica Alijevic, die trotz B-Bewilligung des Vaters mit ihrer Mutter nach Ex-Jugoslawien zurückkehren müsste (Bild: Keystone).

Nachdem die von der Bewegung geforderte Traktandierung der Sanspapiers-Problematik für die Herbstsession von National- und Ständerat noch standhaft verweigert wurde und auch die Justizministerin *Ruth Metzler* mehrfach bekräftigt hatte, dass sie keinen Anlass sehe, auf irgendwelche «Globallösungen», die über die *individuelle Härtefallregelung* hinaus reichen, einzugehen, wurde schliesslich im Dezember 2001 in den nationalen Parlamentskammern über die Forderungen der Bewegung debattiert. Während der gemeinsame Nenner der Ratslinken darin bestand, den bundesrätlichen Weg der individuellen Härtefallregelungen abzulehnen, um *umfassendere Lösungen* (z.B. Kontingente für Papierlose, gruppenbezogene respektive kollektive Regularisierung) zu fordern, redete die Ratsrechte der kompromisslosen Haltung «gegen Rechtsbrecher und Illegale» (Hans Fehr), wie sie Bundesrätin Ruth Metzler seit Monaten propagierte, das Wort. Neben der kalkulierbaren Hetze von rechts gab es von bürgerlichen Parlamentsmitgliedern aus der Romandie auch pragmatischere Töne. Nichts desto trotz liess sich die Ratsmehrheit von solchen Zwischentönen und linken Vorstössen nicht beirren. Sowohl Lösungsvorschläge, die in Richtung einer kollektiven Regularisierung zeigten, als auch die Forderung nach einem Ausschaffungsmoratorium für Papierlose blieben chancenlos.

Die leise Hoffnung der Bewegung, dass die Parlamentsdebatte irgendwelche neuen Perspektiven eröffnen würde, hatten sich nach dem 10. Dezember 2001 definitiv in Luft aufgelöst. Die Abfuhr im Parlament erlebte mit dem gemeinsamen *Rundschreiben* des Bundesamtes für Ausländerfragen (BFA) und des Bundesamtes für Flüchtlinge (BFF) am 21. Dezember 2001 zu den *Härtefallregelungen* eine konkrete Fortsetzung. «Die Bestimmungen des Ausländer- und Asylrechts sehen vor, dass rechtswidrig anwesende Ausländerinnen und Ausländer die Schweiz verlassen müssen», heisst es einleitend in diesem Rundschreiben. «Ausnahmen von diesem Grundsatz sind gemäss der Praxis der Bundesbehörden nur möglich, wenn ein schwerwiegender persönlicher Härtefall vorliegt. Die Vorkommnisse und Diskussionen der letzten Zeit im Zusammenhang mit rechtswidrig anwesenden Ausländerinnen und Ausländern veranlassen uns, diese Praxis in Erinnerung zu rufen und näher zu erläutern... Geprüft wird, ob es dem Ausländer in persönlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zuzu-

muten ist, in seine Heimat zurückzukehren und sich dort aufzuhalten... Das Vorliegen eines Härtefalls setzt namentlich voraus, dass sich der betreffende Ausländer in einer persönlichen Notlage befindet. Zudem müssen seine Lebens- und Daseinsbedingungen gemessen am durchschnittlichen Schicksal von anderen Ausländern in gesteigertem Mass in Frage gestellt sein.» Für die Beurteilung, ob ein Härtefall vorliege, gelte es unter anderem folgende *Kriterien* zu überprüfen: Dauer der Anwesenheit; Zeitpunkt und Dauer der Einschulung der Kinder sowie deren schulische Leistungen; klagloses Verhalten und guter Leumund; soziale Integration aller Familienmitglieder; Gesundheitszustand aller Familienmitglieder; Integration im Arbeitsmarkt; Unterkunfts- und Integrationsmöglichkeiten in der Heimat.

Polizeiliche Repression statt politische Lösung

Die Bewegung hat dieses Rundschreiben scharf kritisiert. Die Bundesbehörden machen die Aussicht auf eine Aufenthaltsbewilligung von *Bedingungen* abhängig, die mitunter *quer zum illegalisierten Status* der Menschen stehen. Damit, kritisiert die Papierlosen-Bewegung in einer Stellungnahme, «stellt der Bundesrat den Sachverhalt auf den Kopf und vermeidet es auf diese Weise, die Fragen, die die Sans-papiers aufgeworfen haben, zu behandeln». Das Rundschreiben von BFA und BFF drücke allerdings nicht nur die Weigerung der Bundesbehörden aus, auf die Anliegen der Sans-papiers-Kollektive einzutreten, nach wie vor werde auch die Existenz von Menschen ohne Papiere nicht als eine gesellschaftliche Realität anerkannt.

Die Ereignisse Ende Jahr, die zusammenfielen mit einer verschärften polizeilichen Repression, die zu Ausschaffungen von Mitgliedern der verschiedenen Kollektive führte, zwangen die Bewegung zu einer schwierigen *Doppelstrategie,* die auch heute noch Geltung hat. Im Angesicht der aktuellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse gilt es einerseits, hier und jetzt für die Papierlosen das Bestmögliche über die individuelle Härtefallregelung herauszuholen; andererseits darf das politische *Hauptziel* der Bewegung, die *kollektive Regularisierung* aller Papierlosen, nicht ganz aus den Augen verloren gehen – eine ständige Gratwanderung.

Durch die kurzfristige Politisierung ihrer Lebenssituation ist es den Sans-Papiers gelungen, das Terrain des Gesellschaftlichen zu betreten. Die feministische Philosophin *Nancy Fraser* hat darauf hingewiesen, dass soziale Bewegungen an diesem Punkt auf mächtige, organisierte Interessen stossen, die darauf aus sind, den bestehenden gesellschaftlichen Status quo weiterhin nach ihren eigenen Zwecken zu gestalten. Unter Verwendung ihres ganzen Apparates von Experten, Polizisten und Sozialarbeitern versucht die institutionelle Politik die aufgeworfenen *politischen Fragen* in *administrative* und *polizeiliche* zu übersetzen und mit bürokratischen und repressiven Mitteln zu beantworten. So soll es gelingen, die von der Bewegung thematisierten sozialen Missstände, die nach grundsätzlichen Lösungsansätzen und umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen rufen, in die bestehenden Verhältnisse zurückzuführen.

Dass die Behörden kein Interesse haben, das «Problem mit sich rechtswidrig in der Schweiz aufhaltenden Ausländern» auf politischem Wege zu lösen, zeigt die jüngste Entwicklung in Bern. Die *Hatz gegen Sans-papiers* sei los und die Hatz solle andauern, stellte die WochenZeitung (WoZ) in ihrer Ausgabe vom 28. Februar 2002 fest, nachdem die Berner Polizeibehörden tags zuvor mit ihrer *Aktion gegen Papierlose,* die *unter dem Schutz der Kirche* standen, ein Tabu brachen: Um 5.30 Uhr fuhren über vierzig Polizisten beim Kirchgemeindehaus Johannes in Bern vor, in

dem etwa zwanzig Mitglieder des Berner Papierlosen-Kollektivs Asyl gefunden hatten. Die Polizisten hatten einen Hausdurchsuchungsbeschluss bei sich, der eine acht Namen umfassende Fahndungsliste beinhaltete. Unter den acht mutmasslichen Sans-papiers, die auf der Fahndungsliste standen, waren offenbar auch Namen von Papierlosen, die der Fremdenpolizei ihre Personalien übermittelten, nachdem diese ein eingereichtes anonymisiertes Dossiers positiv bewertet hatte.

Die *Polizeiaktion im Kirchgemeindehaus Johannes,* die zum Ziel hatte, «die dort anwesenden Personen zu kontrollieren und ausländische Personen, die sich widerrechtlich in der Schweiz befinden, den zuständigen Behörden zuzuführen», missriet allerdings gründlich. «Im Kirchgemeindehaus konnten keine Personen angetroffen werden», stellte die Polizei in einem Communiqué zähneknirschend fest. «Die Aktion zeigte rasch, dass das Kollektiv der Sans-Papiers rechtzeitig gewarnt wurde.» Nach der dreisten Befreiung eines Papierlosen aus dem Berner Amtsgefängnis durch einige Aktivisten, die sich «Handwerksgruppe Menschenrechte – jetzt sofort!» nennen, befürchtete das Papierlosen-Kollektiv seit längerem verschärfte Kontrollmassnahmen seitens der Polizei. Die Aktion in Bern hat gezeigt, dass fortan die Sans-papiers auch in den Kirchen nicht mehr sicher sein können, denn weitere «regelmässige Kontrollen» wurden von den Behörden angekündigt.

«expo 2%»

Damit wird der Druck auf die Bewegung weiter erhöht und die Papierlosen werden wieder zurück in die Klandestinität gedrängt. Der Kampf für die Menschenwürde und um das Recht, überhaupt erst Rechte zu haben, wird damit für die Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus noch risikoreicher. Doch es führt kein Weg an einer kollektiven Regularisierung vorbei. Nur so kann die *Rechtsgleichheit zwischen allen Menschen,* unabhängig von Nationalität und Herkunft, hergestellt werden. Die einzelnen Gnadenakte des Staates, bei dem seine Ausgrenzungsprinzipien und die kapitalistischen Bedingungen nicht angetastet werden, stellen keine Lösung des strukturellen Problems dar. Das Problem der Illegalisierung von Menschen lässt sich nur durch umfassende Veränderungen der aktuellen Verhältnisse lösen.

Gegen die Folgen einer *nationalistischen Politik* der Abwehr und Abschottung muss das Recht auf selbstbestimmte Migration als die weiterführende Konsequenz der von den Sans-papiers geforderten kollektiven Regularisierung offensiv politisiert werden. Mit dem Projekt «expo 2%» will die Bewegung im Laufe dieses Jahres zu neuem Schwung finden. Angesichts der Vorkommnisse der letzten Woche ist dies ein schwieriges Unterfangen. Mit einer gesamtschweizerischen Kampagne will die Bewegung die zwei Prozent der Bevölkerung, die als Sans-papiers in der Schweiz leben, sichtbar machen. Denn es sei zu befürchten, heisst es in einem Aufruf, dass die Rolle der Sans-papiers im Rahmen der Expo 02 beim Alten bleibe: «Sie erledigen die Arbeit, die wir nicht machen wollen. Sie bleiben unsichtbar, vergessen, ausgebeutet.»

Die Kampagne soll der Bewegung nicht nur neuen Schwung vermitteln, sondern auch zu einer *Erweiterung der Bewegung* führen. Angesichts der verschärften Repression gegen die Papierlosen ist es für die Entwicklung weiterer Perspektiven entscheidend, ob es der Bewegung gelingt, weiter zu wachsen, ohne ihre Ziele aus den Augen zu verlieren. •